



2019/35 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2019/35/wald-gefahr>

Das Verschwinden des Regenwalds

Wald in Gefahr

Kommentar Von **Nicole Tomasek**

Das Schrumpfen des Amazonas-Regenwalds ist ein globales Problem. Wenn sich die G7 damit beschäftigen wollen, ist das nicht kolonialistisch, sondern scheinheilig.

Jair Bolsonaro provoziert gern. Am liebsten mit Begriffen, wie sie die politischen Gegnerinnen und Gegner des brasilianischen Präsidenten verwenden, die er dann gegen diese selbst gebraucht. So bezeichnete er vor einigen Monaten Nazis als Linke und damit implizit Linke als Nazis (Jungle World 15/2019). Auch wenn viele seiner rechtsextremen Anhänger mit dem Nationalsozialismus kaum Probleme haben dürften – der Nazi-Vorwurf ist krass und das zählt. Vergangene Woche twitterte der französische Präsident Emmanuel Macron aufgrund der verheerenden Waldbrände im Amazonas, man müsse das Problem auf dem G7-Gipfel diskutieren, der vom 24. bis 26. August im französischen Biarritz stattfand; es handele sich um eine internationale Krise. Bolsonaro reagierte erbost auf Macrons Vorschlag. Das Problem ohne die betroffenen Staaten zu diskutieren, belege eine »kolonialistische Mentalität«. In der Trockenzeit von Juli bis Oktober kommt es im Amazonas-Gebiet jedes Jahr vermehrt zu Waldbränden, die meisten davon sind menschengemacht, um Flächen für die Land- und Holzwirtschaft zu gewinnen. Dieses Jahr gibt es ungewöhnlich viele Brände in Brasilien, bislang fast 80 000; 2018 waren es im gleichen Zeitraum 40 000. Der größte Teil des Amazonas-Regenwalds liegt in Brasilien, der Urwald erstreckt sich zudem auf Peru, Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Bolivien, Guyana, Surinam und Französisch-Guyana.

Bolsonaro geht es nicht um eine Kritik am Kolonialismus und dessen gegenwärtigen Folgen, sondern allein um die nationale Souveränität. Die Nachfahren der einstigen europäischen Kolonisatoren sind es, die in Brasilien gesellschaftlich und ökonomisch immer noch das Sagen haben. Viele gehören der weißen Oberschicht an, die es für ebenso selbstverständlich hält, sich von Hausangestellten bedienen zu lassen, wie sich Ländereien und Arbeitskraft auf teils kriminelle Weise anzueignen. Für Nationalismus begeistern sich Bolsonaro und seine Anhänger sehr; Sozialpolitik und Landreformen, die den Nachfahren der einst Kolonisierten und Versklavten, von denen heute immer noch viele in Armut leben, zugute kommen würden, lehnen sie vehement ab.

Der Amazonas-Regenwald produziert dem WWF zufolge ein Fünftel des Sauerstoffs und ebenfalls ein Fünftel des Süßwassers der Erde. Insofern ist es angebracht, von einer internationalen Krise zu sprechen, wenn dieser zerstört wird und die Brände zusätzlich CO₂

freisetzen, auch wenn die Rolle, die die G7-Staaten für den menschengemachten Klimawandel spielen, sehr wohl betont werden sollte. Vier dieser Staaten – die USA, Japan, Deutschland und Kanada – gehören zu den Top Ten der weltweit größten CO2-Emittenten. Auch importieren viele dieser Länder Produkte, für die der Regenwald in Brasilien gerodet wird, darunter Eisenerz, Fleisch sowie Soja. Frankreich und Irland haben vorgeschlagen, das Freihandelsabkommen der EU mit dem südamerikanischen Mercosur auszusetzen, um auf Brasilien Druck auszuüben, den Regenwald besser zu schützen. Das kann man versuchen, es dürfte aber wenig Effekt haben, denn die Nachfrage bleibt groß. Die weitaus größte Menge der brasilianischen Exporte an Eisenerz, Fleisch und Sojabohnen geht nach China und Hongkong und die Regierung Bolsonaro tut alles dafür, um das Exportgeschäft nicht zu gefährden. Er schwächte die Umweltbehörde, will indigene Schutzgebiete einschränken und ernannte mit Ricardo Salles einen Umweltminister, der sich vor allem für die Agrar- und Bergbauindustrie einsetzt. Das brasilianische Institut für Weltraumforschung (Inpe) bezichtigte der Präsident gar der Lüge, als es Daten veröffentlichte, denen zufolge die abgeholzte Fläche des Amazonas-Regenwalds im Juni im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 88 Prozent gestiegen ist. Prompt entließ Bolsonaro den Institutsleiter Ricardo Galvão.

Für die Brandbekämpfung fehlt es Brasilien dem Präsidenten zufolge an Ressourcen. Das Angebot der G7-Staaten, 17,9 Millionen Euro Soforthilfe bereitzustellen, lehnte Bolsonaro als kolonialistisch ab. Nun schickte die Regierung das Militär zur Brandbekämpfung in den Regenwald. Menschenrechtler befürchten, es könne auch repressiv gegen indigene Gemeinden vorgehen.